

Frau Olga Gelfand	Migrantenbeirat	entschuldigt
Herr Axel Mertens	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Bertram Otto	SPD	entschuldigt
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	entschuldigt

Gäste:

Herr Maximilian Adams	CDU Kreisverband Potsdam
Herr Sebastian Anderka	Bereich Stadtentwicklung
Frau Martina Trauth	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Magdolna Grasnack	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Christoph Richter	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Frank Thomann	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.02.2019 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
Die Niederschrift wird nachgereicht.
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Einrichtung eines Ernährungsrates prüfen
Vorlage: 19/SVV/0034
Fraktion CDU/ANW
- Wiedervorlage -
- 4.2 Prüfung der Wirksamkeit der Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung
in der Landeshauptstadt Potsdam (Potsdamer Baulandmodell)
Vorlage: 19/SVV/0041
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage –
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Terminorganisation bei der ambulanten Frühförderung
- 5.2 Öffentlich rechtliche Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von
Aufgaben nach dem SGB IX, SGB XI und dem SGB XII zwischen der LHP und
dem Landkreis Spree-Neiße als Mandatsträger
- 5.3 Sachstand Umzug in die Behlertstraße
- 5.4 Umzug Pflegestützpunkt und Seniorenbüro in das Haus 1
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.02.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 19.02.2019 zur Abstimmung.

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) verweist auf die als Anlage zur Niederschrift ausgereichten Fragen und Antworten zur Frühförderung. Er macht mit Bezug auf die Antwort zur Frage 7 deutlich, dass es Ziel sein muss, dass Kinder bei Bedarf schnellst möglich bedient werden können. Hier ist für ihn der aktive Austausch dringend erforderlich.

Die Niederschrift wird mit 3 Zustimmungen und 3 Enthaltungen **mehrheitlich bestätigt**.

Frau Eisenblätter stellt die Tagesordnung zur Abstimmung. Sie teilt mit, dass Herr Thomann im TOP „Sonstiges“ Informationen zum Frühförderantrag, zum Tag der offenen Tür des Gesundheitsamtes und zur Nachfrage von Frau Tietz in der letzten Sitzung des GSI-Ausschusses zum Seniorenbericht geben wird.

Die geänderte Tagesordnung wird **mehrheitlich bestätigt**.

zu 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums

Der Bericht des **Seniorenbeirates** wurde allen Ausschussmitgliedern mit den Sitzungsunterlagen zugeschickt.

Frau Kiss berichtet, dass der **Beirat für Menschen mit Behinderung** derzeit aufgrund des bevorstehenden Umzuges unter erschwerten Bedingungen arbeitet. Räume, die zur Nutzung zugesagt wurden, werden nun doch nicht zur Verfügung gestellt. Die Barrierefreiheit ist nicht gegeben. Die Mailadresse Teilhabe@rathaus.potsdam.de funktioniert zurzeit nicht zuverlässig.

Der Umzug muss durch den Beirat selbst organisiert werden. Dies bedeutet eine schwierige Situation für die Beiratsmitglieder.

Des Weiteren berichtet Frau Kiss, dass der Beirat eine Onlineseite gestaltet hat, um sich der Öffentlichkeit zu präsentieren. Diese Seite soll nun auf Wunsch der

Landeshauptstadt Potsdam verändert werden.

Außerhalb der Verwaltung fühlt sich der Beirat gut aufgenommen. Es gibt viele Kontakte zu Einrichtungen oder auch Personen, die den Beirat unterstützen.

Frau Kiss informiert, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung in diesem Jahr drei Runde Tische zu folgenden Themen durchführen wird:

- Kommunalwahl,
- Pflege,
- Bildung und Ausbildung.

Zur Förderung des Austausches innerhalb der Stadt wurden jetzt Schreiben an die Beigeordneten geschickt, um in den Kontakt zu treten.

Zum Inklusionspreis gibt es einen Austausch mit dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung, Herrn Richter. Die Verleihung des Inklusionspreises soll im Rahmen der Inklusionswoche 2020 in einem festlichen Rahmen erfolgen. Welche Preise verliehen werden, muss noch beraten werden. Bis zum Sommer 2019 soll ein Konzept dazu vorgelegt werden.

Abschließend weist Frau Kiss darauf hin, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung zu vielen Veranstaltungen eingeladen wird. Dabei musste festgestellt werden, dass an einigen Veranstaltungen die Teilnahme nicht realisiert werden kann, da die Barrierefreiheit nicht gegeben ist.

Herr Okurka spricht die Tür an der Rampe am Haus 1 an. Hier sollte eine Elektrotür eingebaut werden. Derzeit ist die Nutzung für Rollstuhlfahrer schwierig. Er bittet diesbezüglich um Unterstützung, da sonst das Büro für Rollstuhlfahrer nicht zugänglich ist.

Frau Kiss teilt mit, dass es nicht immer gelingt, im Vorfeld der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion den Bericht des Beirates für Menschen mit Behinderung schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Frau Schulze bittet darum, dass die Verschiebung der Verleihung des Inklusionspreises auf das nächste Jahr offiziell in Form einer Mitteilungsvorlage an die Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben wird.

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) informiert, dass es in der kommenden Woche mit dem Werkleiter des Kommunalen Immobilien Service ein Gespräch zu den neuen Räumlichkeiten für den Beirat für Menschen mit Behinderung gibt. Dort wird er die angesprochenen Probleme thematisieren.

Abschließend bittet Frau Kiss darum, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung bei allen Belangen frühzeitig einbezogen werden.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Einrichtung eines Ernährungsrates prüfen

Vorlage: 19/SVV/0034

Fraktion CDU/ANW

- Wiedervorlage -

Herr Finken bringt die neue Fassung des Antrages vom 14.03.2019 ein und gibt Erläuterungen. Er macht deutlich, dass mehrere mögliche Akteure angesprochen wurden, die auch ihr Interesse bekundet haben.

Er ergänzt den Punkt 8 des Antrages wie folgt: ... **sowie die notwendige personelle und finanzielle Ausstattung sicherzustellen.**

Anschließend weist er darauf hin, dass es im Punkt 5 „**Ernährungsrat**“ statt „Wirtschaftsrat“ heißen muss.

Frau Schulze stellt fest, dass es sich nun nicht mehr um einen Prüfauftrag handelt, sondern die Einrichtung eines Ernährungsrates beschlossen werden soll. Sie fragt, welche finanziellen Auswirkungen auf die Landeshauptstadt Potsdam zukommen, da dies nicht aus dem Antrag hervorgeht.

Herr Finken erklärt, dass lediglich Kosten entstehen würden, wenn die Betreuung des Ernährungsrates durch die Landeshauptstadt Potsdam erfolgen soll. Er regt an, zunächst in einer Bestandsaufnahme die Akteure zu ermitteln.

Herr Okurka fragt nach den Aufgaben des Ernährungsrates und was soll er der Landeshauptstadt Potsdam und insbesondere den Menschen mit Behinderung bringen.

Frau Kiss weist darauf hin, dass der Antrag in einfache Sprache übertragen werden sollte um verständlicher zu sein.

Herr Fröhlich spricht sich grundsätzlich für das Anliegen aus, macht aber deutlich, dass das Gremium gut angesiedelt werden muss, um zu funktionieren. Es wird ein arbeitsfähiges Gremium benötigt. Dahingehend sollte der Antrag konkretisiert werden. Es ist auch nicht beschrieben, wie groß das Gremium sein soll.

Frau Schulze betont, dass in einem Prüfauftrag ermittelt werden sollte, wer in dem Gremium mitwirken soll. Sie bittet, dies als Prüfauftrag zu belassen, um in der nächsten Wahlperiode eine Entscheidung treffen zu können.

Frau Eisenblätter befürwortet den Inhalt des Antrages. Sie betont, dass sich der Ernährungsrat dann entwickeln muss. Der Rat muss selbst entscheiden, wer mitarbeitet.

Es muss eine Form gefunden werden, wie der Rat arbeiten könnte und wo er angesiedelt sein soll. Sie könne auch mit einem Prüfauftrag mitgehen.

Frau Krause spricht sich gegen einen Prüfauftrag aus. Sie hält es für sinnvoll, die Akteure zusammenzubringen und ein gutes Netzwerk einzurichten.

Frau Dr. Herzel äußert ihre Bedenken an der Wirkung eines ehrenamtlich arbeitenden Gremiums.

Herr Fröhlich hält einen Prüfauftrag für sinnvoll, auch um festzustellen, wo das Gremium verankert sein soll. Es muss sichergestellt werden, dass das Gremium arbeitsfähig ist. Hierfür ist auch die Größe des Gremiums entscheidend. Das könnte alles mit einer Prüfung abgeklärt werden. Auch der faire Handel sollte Beachtung finden.

Frau Krause hält es für wichtig, die Akteure an einen Tisch zu holen.

Herr Finken betont, dass auch bei einem Prüfauftrag zunächst festgelegt werden muss, wer die Prüfung vornimmt. Er betont, dass ein Netzwerk entstehen soll, dass sich dann weiter entwickelt. Ein Prüfauftrag würde das Verfahren verzögern.

Frau Eisenblätter stellt die geänderte Fassung des Antrages vom 14.03.2019 zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung vom 14.03.2019 wie folgt zu beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 13 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam („sonstige, nicht formalisierte Beratungsgremien“) ein Gremium zur Gestaltung der Ernährungspolitik auf lokaler Ebene zu bilden.
2. Das Gremium erhält die Bezeichnung: "Ernährungsrat der Landeshauptstadt Potsdam"
3. Dem Ernährungsrat sollen Vertreter folgender Wirtschaftseinrichtungen und – Bereiche angehören:
 - Erzeugern wie z.B. Forum Natur, Pro Agro, usw.
 - Handel wie z.B. AG Innenstadt, AG Babelsberg, Handelsverband Berlin-Brandenburg, DLG
 - Gastronomie/Tourismus, wie z. B. Dehoga, IHK, Verband der Köche
 - Entsorgung, wie z. B. STEP, Refood
 - Lieferanten, wie z. B. Fruchtexpress, Frische Paradies, Weihe, usw.
 - Wissenschaft, wie z.B. Deutsches Institut für Ernährungsforschung Potsdam Rehbrücke Universität Potsdam, Klimainstitut
 - Verbraucher, wie z. B. Kita-, Schulträger, Verbraucherzentrale, Oberlinhaus, EvB-Klinikum usw.
 - Initiativen, wie z.B. die Tafel Potsdam e. V., Slowfood, Ich kann kochen!, usw.
 - die Verwaltung mit der Wirtschaftsförderung, dem Gesundheitsamt sowie weiteren betroffenen Bereichen
 - Gesundheitswesen
 - weitere betroffene Bereiche/interessierte Stellen/Organisationen
4. Der Ernährungsrat soll die Stadtverordnetenversammlung (SVV), deren Ausschüsse und die Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam in allen, die Ernährung der Stadt betreffenden Angelegenheiten beraten sowie allen teilnehmenden Institutionen beratend zur Verfügung stehen.
5. Die Mitglieder des **Ernährungsrates** werden namentlich auf Vorschlag des Oberbürgermeisters durch die SVV für die Dauer von drei Jahren berufen. Die Fraktionen der SVV können ein Mitglied mit Anwesenheits- und Rederecht, ohne Stimmrecht, entsenden. Hierdurch soll die Unabhängigkeit der Empfehlungen des Ernährungsrates an die Stadtverordnetenversammlung gewahrt bleiben.
6. Der Ernährungsrat wählt aus seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden und gibt sich selbst eine Geschäftsordnung, die auch über den in Punkt 4. beschriebenen Aufgabenbereich hinausgehen kann.
7. Der Oberbürgermeister legt fest, welche Bereiche der Verwaltung ständige Teilnehmer an den Sitzungen des Ernährungsrates sind und welcher Bereich die Betreuung des Gremiums übernimmt. Zu den Inhalten der Betreuung gehören auch Fragen zur Ausstattung des Ernährungsrates, der Wechsel von Mitgliedern des Ernährungsrates sowie die Sicherstellung der Berichtspflicht gegenüber der Stadtverordnetenversammlung.
8. Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, dem Hauptausschuss im Juli 2019 einen Zwischenbericht und in der SVV im Oktober 2019 - gemäß Punkt 3 und 5 - eine Vorschlagsliste für die Berufung der Mitglieder vorzulegen **sowie die notwendige personelle und finanzielle Ausstattung sicherzustellen.**

Nach der Berufung der Mitglieder, ist durch den vom Oberbürgermeister festzulegenden Bereich gemäß Punkt 7 zur Konstituierung des Ernährungsrates einzuladen.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich mit 4 Zustimmungen und 2 Enthaltungen angenommen.

zu 4.2 Prüfung der Wirksamkeit der Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam (Potsdamer Baulandmodell)

Vorlage: 19/SVV/0041

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Wiedervorlage -

Herr Anderka (Bereich Stadtentwicklung) verweist auf den Monitoringbericht zum Potsdamer Baulandmodell 2018, der mit der Mitteilungsvorlage 19/SVV/0211 zur Stadtverordnetenversammlung am 06.03.2019 vorgelegt wurde. Er stellt den Monitoringbericht 2018 anhand einer Präsentation vor. Dabei geht er eingangs auf die Kostenbeteiligung an der sozialen Infrastruktur sowie auf die Verpflichtung zum sozialen Wohnungsbau ein. Er stellt die Anpassungsmöglichkeiten für eine verbesserte Anwendung des Baulandmodells vor und gibt Erläuterungen dazu. Anschließend benennt er die externen Einflussfaktoren und geht danach auf die Ergebnisse der Modellrechnungen ein.

Abschließend stellt Herr Anderka die nächsten Schritte vor. Dabei teilt er mit, dass die Baulandmodell-Richtlinie bis zum Herbst 2019 unter Einbeziehung von Wohnungswirtschaft, Politik und Fachverwaltung bezüglich einer Reduzierung des Investorenanreizes geprüft werden soll. Die Überarbeitung wird dann der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorgelegt.

Herr Fröhlich beantragt die Zurückstellung des Antrages bis die angekündigte Mitteilungsvorlage der Verwaltung im Herbst vorliegt.

Frau Eisenblätter stellt die Zurückstellung der Drucksache zur Abstimmung.

Der Zurückstellung wird einstimmig zugestimmt.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Terminorganisation bei der ambulanten Frühförderung

Herr Thomann (Fachbereich Soziales und Gesundheit) verweist auf die vertragliche Vereinbarung, die mit den Eltern geschlossen wird. Die aktuelle Terminorganisation hat den Hintergrund, dass vor dieser Regelung zahlreiche Stunden kurzfristig abgesagt wurden, die dann aufgrund der Kurzfristigkeit nicht an andere Kinder vergeben werden konnten.

Wenn eine rechtzeitige Absage erfolgt und ggf. andere Kinder eingetaktet werden können, bekommt das betroffene Kind eine Ersatzförderstunde.

Frau Schulze verweist auf den Arbeitskreis Frühförderung, an dem die Landeshauptstadt Potsdam regelmäßig teilnimmt. In der nächsten Sitzung des Arbeitskreises im Mai 2019 sollte das Thema besprochen werden.

Herr Thomann sagt dies zu, macht aber deutlich, dass eine verbindliche Regelung getroffen werden muss.

Herr Richter bittet auch um Klärung, wie damit umgegangen wird, wenn ein Kind plötzlich erkrankt.

Frau Schulze ergänzt, dass man auch beachten muss, dass es sich hier um Kinder mit einer Behinderung handelt, was eine besondere Situation darstellt.

zu 5.2 Öffentlich rechtliche Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB IX, SGB XI und dem SGB XII zwischen der LHP und dem Landkreis Spree-Neiße als Mandatsträger

Herr Thomann (Fachbereich Soziales und Gesundheit) weist darauf hin, dass seit dem Jahr 2007 die Aufgaben des Vertragsgeschehens nach dem SGB XII (Sozialhilfe) und seit dem Jahr 2011 zusätzlich auch für den Bereich des SGB XI (Soziale Pflegeversicherung) im Land Brandenburg im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemeinsam wahrgenommen werden. Die Stadtverordnetenversammlung hat jeweils den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam mit Beschluss 06/SVV/1016 sowie mit Beschluss 10/SVV/0942 beauftragt, der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung im Land Brandenburg zuzustimmen.

Die neuen gesetzlichen Grundlagen des SGB IX (Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen) machen eine Anpassung der bestehenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung an die neuen Vorgaben erforderlich.

Der Landkreis Spree-Neiße hat sich weiterhin bereit erklärt, als Mandatsträger zur gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung aller kreisfreien Städte und den Landkreisen im Land Brandenburg die Aufgaben zentral zu übernehmen.

Eine wesentliche Änderung gegenüber der bisherigen gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung bei der Serviceeinheit Entgeltwesen besteht in der künftigen Einbeziehung der ambulanten Leistungen der Eingliederungshilfe, die von den Landkreisen und kreisfreien Städten bisher in eigener Regie verhandelt wurden, in den Aufgabenbereich der Serviceeinheit. Dies hat zum Hintergrund, dass laut Bundesteilhabegesetz künftig nicht mehr zwischen ambulanten und stationären Leistungen unterschieden wird.

Die entsprechende Beschlussfassung soll am 08. Mai 2019 in der Stadtverordnetenversammlung erfolgen.

zu 5.3 Sachstand Umzug in die Behlertstraße

Herr Thomann (Fachbereich Soziales und Gesundheit) informiert, dass nach derzeitigen Erkenntnissen die ersten Umzüge voraussichtlich Mitte des 4. Quartals 2019 erfolgen können. Dazu werden ca. 7.000 m² Bürofläche ertüchtigt. Es wird mehre Frontoffice- und Wartebereiche geben. Es wird einen barrierefreien Zugang geben.

Der Bauantrag befindet sich im Genehmigungsverfahren.

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) spricht das Wegeleitsystem in der Behlertstraße an und bittet dringend darauf zu achten, dass dieses barrierefrei ist.

Herr Thomann nimmt dies mit auf.

Auf Nachfrage erklärt er, dass fast der gesamte Fachbereich Soziales und Gesundheit (ohne den Bereich 385 – Öffentlicher Gesundheitsdienst) und der Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration (ohne den Bereich 392 – Arbeit und Integration) umziehen.

zu 5.4 Umzug Pflegestützpunkt und Seniorenbüro in das Haus 1

Herr Thomann (Fachbereich Soziales und Gesundheit) teilt mit, dass der Umzug des Pflegestützpunktes und der Beiräte in die neuen Räume im Haus 1 zum 01.04.2019 erfolgen wird.

Der Migrantenbeirat ist dort bereits seit Dezember 2018 verortet.

Frau Kiss weist darauf hin, dass die Toilette auf der Etage, in die der Behindertenbeirat zieht, nicht behindertengerecht ist. Auch die Zwischentür sollte mit einem Schalter elektrisch zu öffnen sein. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass die Türen nach außen zu öffnen sein müssen.

zu 6 Sonstiges

Herr Thomann (Fachbereich Soziales und Gesundheit) berichtet über den Tag der offenen Tür des Gesundheitsamtes in den neuen Räumen im Haus P auf dem Gelände des Klinikums Ernst von Bergmann am 16.03.2019.

Er informiert, dass der Frühförderungsantrag überarbeitet wurde, derzeit aber aus technischen Gründen noch nicht abrufbar ist.

Herr Thomann erinnert an die Nachfrage von Frau Tietz in der letzten Sitzung des GSI-Ausschusses zur Mietbelastungsquote von Seniorinnen und Senioren in der Landeshauptstadt Potsdam im Rahmen der Vorstellung des Seniorenplans.

Die Mietbelastungsquote wurde im Ergebnisbericht der Bürgerumfrage „Leben in Potsdam“ 2017 in der Abbildung 30 (Seite 37) veröffentlicht.

Während alle befragten Mieter durchschnittlich 30,6 % des Haushaltseinkommens für die monatliche (Warm-)Miete ausgeben, liegt dieser Wert bei den Rentnern und Pensionären bei 33,3 %. Die Mietbelastungsquote bei alleinlebenden 65-jährigen und älteren liegt sogar bei 40,1 %.

Nächste Sitzung des GSI-Ausschusses: 30. April 2019, 18:00 Uhr

Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin